



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/201 - 7.9.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 099890

Londoner Aktivität	S. 1
Gemeindewahlen in Schweden	S. 2
Reorganisation der Verwaltung in Baden-Württemberg	S. 3
Wahlblockbestrebungen in Niedersachsen	S. 5

Mehr Kühnheit und Initiative

sp. Die Pariser Absage an die EVG hat nicht nur alle Pläne endgültig begraben, in den Grenzen Karls des Großen so etwas wie einen klerikalen Überstaat zu schaffen, sie stellt auch die bisherige Deutschland-Konzeption des Westens in Frage. Die neue Lage erfordert von westlicher Seite Kühnheit und Initiative. Auf der Grundlage des gespaltenen Deutschlands lässt sich kein dauerhaftes Sicherheitssystem errichten und der Hunger nach Frieden nicht stillen. Das ungestüme Drängen nach deutschen Soldaten und Divisionen im Rahmen der EVG, dem Bonn nur allzuwillig nachgab, löste in Frankreich, und nicht nur in diesem Lande, jene Welle des Mißtrauens aus, in deren Fluten die EVG ertrank.

Nun, die EVG ist tot, aber das Verlangen nach deutschen Soldaten und Divisionen ist geblieben. Es soll nur in einem größeren Rahmen, in dem sich Frankreich williger einfügen könnte, befriedigt werden. Wenn es zutrifft, dass die von London gewünschte und von den Teilnehmern - die Bundesrepublik, die drei Beneluxstaaten, Frankreich, England, Italien, USA und Kanada - wahrscheinlich schon beschlossene Londoner Konferenz der Neuen sich nur ausschließlich mit der westdeutschen Wiederbewaffnung befassen soll, dann steht dieses Treffen der westlichen Außenminister von Anfang an unter einem unglücklichen Stern.

Gewiß ist eine Verständigung der Westmächte untereinander über die Grundzüge ihrer Deutschlandpolitik nach dem Fiasko der EVG heute notwendiger als je, ja sie ist eine Voraussetzung für die Abwehr von zu erwartenden Vorstößen der Sowjetunion. Ein zerrissener, in sich gespalten und vom gegenseitigen Mißtrauen erfüllter Westen ist kein guter Verhandlungspartner, er gäbe Moskau alle propagandistischen Trümper in die Hand. Jede Form von westdeutscher Wiederbewaffnung im gegenwärtigen Zeitpunkt, ob ohne oder mit NATO, wie es die Briten erstreben, geht jedoch von der Beibehaltung des Status quo aus und verhärtet ihn. Ist das die Lösung, die der Westen in der deutschen Frage zu bieten hat?

Vor jedem Schritt zu einer solch folgenschweren Entscheidung muß der überzeugende Versuch stehen, mit der Sowjetunion als vierter Besatzungsmacht eine Lösung zu finden, die das Sicherheitsbedürfnis eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschland und Europas befriedigt. Jedes Abweichen von dieser so oft von den Westmächten wiederholten feierlichen Verpflichtung würde sie dem Verdacht aussetzen, dass ihnen die westdeutsche Wiederaufrüstung und damit die Trennung Deutschlands in zwei Staaten erstrebenswerter wäre als die deutsche Wiedervereinigung.

Streitgespräche im Vordergrund

KRK, Stockholm

Am 19. September wird man in Schweden die Gemeindevertretungen neu wählen. Der Wahlkampf ist bereits eröffnet, wenn man angesichts der gesitteten Formen der Wahlpropaganda überhaupt von einem "Kampfe" sprechen kann. Die Gemeindewahl hat freilich auch allgemeine politische Bedeutung, und so kann es nicht fehlen, dass die ersten Führer der Parteien in die Arena treten.

Schon leuchten die Wahlplakate von allen Litfassäulen. Alle Parteien haben die Steuerpolitik zum Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gemacht. Die Konservativen und die liberale Volkspartei verlangen Steuersenkungen. Dieser etwas einfachen Parole schließen sich die in der Regierung vertretenen Bauernbündler an. Diese begründen allerdings das Verlangen nach niedrigeren Steuern damit, dass die Krone, nämlich die schwedische Valuta, gerettet sei. Die Sozialdemokraten sagen: "Steuergerechtigkeit für alle!", und dieses Verlangen scheint uns das ehrlichste und aufrichtigste zu sein. Denn dass die Sozialdemokraten für eine gerechte Steuerpolitik eintreten, beweisen sie ja durch ihre praktische Politik sowohl im Reich wie auch in den Gemeinden.

Eine recht beliebte Form des Wahlkampfes sind die Streitgespräche zwischen den führenden politischen Persönlichkeiten. So hatte Ministerpräsident Erlander dieser Tage die erste öffentliche Auseinandersetzung mit dem Führer der Volkspartei, Professor Ohlin. Billige Demagogie ist in diesen Diskussionen verpönt; sie dienen also wirklicher politischer Schulung. Im Rundfunk wird ein Streitgespräch über die Steuergesetzgebung zu hören sein: der Finanzminister Sköld wird sich den Kreuzfragen der anderen Parteiführer aussetzen. Jeder einzelne Parteiführer wird ausserdem im Rundfunk von Vertretern der anderen Parteien ins Kreuzverhör genommen. Auch die Kommunistische Partei wird daran beteiligt sein. Man hat in Schweden keine Angst davor, dass etwa die kommunistischen Argumente, deren Behandlung der gleiche Zeitraum zugemessen wird wie den Argumenten der anderen Parteien, mehr überzeugend wirken werden als bisher. Wenige Stunden vor den Wahlen aber, am Freitag, dem 17. September, werden die Parteiführer im Rundfunk einen ganzen Abend miteinander diskutieren, und auch dabei werden die Kommunisten vertreten sein. Die Wahldiskussion der Parteiführer pflegt

von acht Uhr abends bis Mitternacht vor sich zu gehen und versammelt buchstäblich das ganze Volk um die Lautsprecher: an diesem Abend wird von keiner Partei auch nur eine einzige Wählerversammlung veranstaltet. Diese Wählerversammlungen mit Monologen der Wahlwerber spielen im schwedischen Wahlkampf eine immer geringere Rolle.

Große Veränderungen im Stärkeverhältnis der Parteien werden weder von den Regierungsparteien noch von den Kräften der Opposition erwartet.

+ + +

Baden-Württemberg vor schweren Aufgaben

-tz- Stuttgart

Nach den Parlamentsferien werden die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg vor der schwierigsten Aufgabe ihrer Wahlperiode stehen: sie haben über den endgültigen Verwaltungsaufbau des Landes zu beschließen. Den Kernpunkt des Landesverwaltungsgesetzes - soviel steht schon heute fest - wird die Frage der Regierungspräsidien bilden, die nicht nur in ihrer Zahl (gegenwärtig vier) sondern auch in ihrer Existenz unstritten sind.

Die Befürworter der Regierungspräsidien verweisen auf die historische Entwicklung, die sowohl in den badischen als auch in den württembergischen Landesteilen zu Provinzialverwaltungen mit aufsichtsführenden und verwaltenden Kompetenzen führte. Die Gegner dieser Mittelinstanzen dagegen erblicken in ihnen eine Aufzählung der Verwaltung und befürchten, dass durch sie nicht nur die Gleichheit der Verwaltung, sondern auch das Zusammenwachsen der vier Landesteile beeinträchtigt wird. Von welcher (nicht zuletzt finanziellen) Bedeutung die Frage der Regierungspräsidien ist, zeigen einige Zahlen. Die Ministerien der drei früheren Länder beschäftigten vor der Bildung des Südweststaates zusammen 3925 Bedienstete, denen nach dem Haushaltplan des Vorjahres lediglich 1492 Bedienstete in den Ministerien des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg gegenüberstehen. Zum gleichen Zeitpunkt beschäftigten die vier neu geschaffenen Regierungspräsidien zusammen

3071 Personen. Es bedarf keines weiteren Beweises, dass vom einfachen Mann und Steuerzahler für diesen Zustand kein Verständnis erwartet werden kann.

In engem Zusammenhang mit dem Landesverwaltungsgesetz steht eine Reform der Kreisgrenzen und, wo es notwendig ist, auch der Gemeindegrenzen. Hier steht der CDU-Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller mit seiner Auffassung, die Neuordnung der Kreisgrenzen in einer Reihe von besonderen Gesetzen zu regeln, im Gegensatz zur Mehrheit des Landtags. Unabhängig davon hat er jedoch bereits die Vorlage einer Denkschrift an das Kabinett angekündigt, in der die Möglichkeiten einer Kreisreform neben dem Landesverwaltungsgesetz verzeichnet sein sollen. Ein weiterer Vorschlag des Ministerpräsidenten, zur Vorbereitung der Kreisreform für jedes der für eine Neuordnung in Betracht kommenden Gebiete besondere Kommissionen zu bilden, würde eine schnelle Klärung der Situation nur erschweren. Ohne eine Neuordnung der Kreisgrenzen würde es allerdings schwer fallen, den mit dem Landesverwaltungsgesetz bevorstehenden Verwaltungsaufbau Baden-Württembergs als endgültig zu bezeichnen. Dies umso weniger, als erst leistungsfähige Kreise und leistungsstarke Gemeinden zu tragenden Pfeilern der Landesverwaltung werden können.

Wie schwierig es jedoch gerade auf diesem Gebiet ist, die Zweckmäßigkeit über das Gefühl zu stellen, zeigt die große Anteilnahme der betroffenen Bevölkerung bei den viel weniger wichtigen Ein- oder Ausgemeindungen. Soll also nicht auf Jahre hinaus Unruhe in die Bevölkerung getragen, müssen die Neuordnungsfragen mit großer Behutsamkeit behandelt werden. Die Erinnerung des Ministerpräsidenten, dass wegen der Neueinteilung der früheren Oberämter schon mehr als eine Regierung gestürzt worden sei, wird sich als überflüssig erweisen, wenn es gelingt, nur die Vernunft sprechen zu lassen.

+

+

+

"Geisteshaltung offenbart"

F.B. "Echo der Zeit" nennt sich zwar im Untertitel "überparteiliche Zeitung", doch jedermann kann schon nach der Lektüre der zweiten Nummer erkennen, dass es sich um das streitbare Laienorgan der katholischen Kirche in der Bundesrepublik handelt. Und da Laien - vor allem in weltlichen Dingen - dem Irrtum unterliegen, der Hoffart und der Täuschung ausgesetzt sind, ist auch diese Zeitung ein Spiegelbild der Doppelzüngigkeit, die immer dann eintritt, wenn man Politik mit Religion vermischen will.

Fein säuberlich werden in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift die Parteien aufgezählt, die ein "undemokratisches Schulgesetz in Niedersachsen durchgedrückt" haben. SPD, BHE und FDP wird bescheinigt, dass sie einem vernünftlerischen Neutralismus und Liberalismus huldigen. Wenige Absätze später aber wird die Wahlparole für den niedersächsischen Landtagswahlkampf nur noch im Hinblick auf die SPD gebracht, denn es heißt, dass sich "mit der Mißachtung von Elternrecht und Konkordat die SPD auf den Weg des offenen Kulturkampfes begeben" und recht voreilig wird dieser Partei bescheinigt, dass ihr der "christliche" Volksteil dafür die Quittung bei den Wahlen vorlegen werde.

Diese Kuancierungen der Parteien werden nur dann verständlich, wenn man auf der gleichen Seite den Artikel "Niedersachsenblock" liest, der sich mit den Möglichkeiten der Wahlblockbildung in Niedersachsen befasst. Der BHE wird abgeschrieben, "aber auch schon in der Wahlkoalition mit der FDP wäre einiges gewonnen". Und triumphierend vermerkt man, dass, wenn auch die Blockbildung selbst nicht perfekt sei, sich die Konsequenzen aus der gemeinsamen Absicht von CDU, DP und FDP in Niedersachsen für eine Änderung des Wahlgesetzes ergeben.

Auf der einen Seite also greift man eine Partei, die FDP, an, weil sie für ein vernünftiges und tolerantes Schulgesetz gestimmt hat, während man auf der anderen schon mit ihr liebäugelt, um eine politische Mehrheit im Sinne der sogenannten Bonner Koalition zu erreichen. Man würde sich auch nicht scheuen, das hat Nordrhein-Westfalen zur Genüge bewiesen, mit ihr eine Koalition zu bilden, obwohl sie doch ebenso, wie die SPD, nach dem Aufruf der Bischöfe "ihre Geisteshaltung offenbart und vor allem Volke bloßgelegt hat."

Wer in dieser Frage seine Geisteshaltung offenbart und vor allem Volke bloßgelegt hat, das dürfte keine Streitfrage mehr sein. Sie sprechen von Religion und meinen politische Macht.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler